

2.	<u>Bericht der Verwaltung</u>
-----------	--------------------------------------

Es liegt kein Bericht der Verwaltung vor.

2A.	<u>Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges und eines Löschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Alfter</u>	11-1-275
------------	---	-----------------

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KoPart mit den Vergabeverfahren zur Lieferung eines Tanklöschfahrzeuges und eines Löschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Alfter zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3.	<u>Erweiterungsbau Gymnasium Vorbereitung der Planungsphase</u>
-----------	--

Herr Mandt stellt die VBD und ein Projektbeispiel in einer Präsentation vor. Diese wird der Niederschrift beigelegt.

Ende Sitzung Schulausschuss 18:18 Uhr

4.	<u>Grundstruktur für ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2023 bis 2033</u>	11-1-277
-----------	--	-----------------

Die UWG gibt eine Erklärung zum Haushaltssicherungskonzept zu Protokoll. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Nach intensiver Diskussion beantragt Ratsmitglied Wiechert den Schluss der Rednerliste. Der Antrag zur Geschäftsordnung wird einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen.

Auf Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER Alfter wird Beschlussvorschlag unter 2c mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen (2x SPD, 2 FDP) und einer Enthaltung (1x DIE GRÜNEN) um folgenden Satz ergänzt:

Der Hebesatz ist jährlich auf eine mögliche Reduzierung hin zu überprüfen.

Daraufhin wird namentlich (siehe Anlage) über folgenden Beschluss abgestimmt:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt, die Grundstruktur des HSK 2023 bis 2033 mit der Zielsetzung aufzustellen, dass ein struktureller Haushaltsausgleich herbeigeführt werden kann, die Liquiditätssituation gesichert und der Abbau des kommunalen Eigenkapitals begrenzt wird, um ein geordnetes Haushaltsmanagement zu gewährleisten und die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde Alfter sicherzustellen. Er verpflichtet sich dabei, den Erweiterungsbau des Gymnasiums, die Konsolidierungsmaßnahmen und die Hebesätze der Realsteuern so zu gestalten, dass das HSK genehmigungsfähig ist.

2. Folgende Eckpunkte sind bei der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfs inklusive des Entwurfs für das HSK zu berücksichtigen:
 - a. Die Kosten für den Erweiterungsbau des Gymnasiums auf normalem Qualitätsstandart sind gegenüber der am 08.12.2022 vorgelegten Machbarkeitsstudie deutlich zu reduzieren. Die vom Rat eingesetzte Lenkungsgruppe HSK begleitet den Prozess von der Machbarkeitsstudie bis hin zur Planung des Erweiterungsbaus gemeinsam mit der Verwaltung und den beauftragten Pädagogen.
 - b. Die Verwaltung legt Prüfergebnisse zu den in der Anlage aufgeführten möglichen Konsolidierungsmaßnahmen des Haushalts vor.
 - c. alle Konsolidierungsmaßnahmen müssen dazu führen, die Hebesätze der Realsteuern sozial verträglich zu gestalten. Der Hebesatz ist jährlich auf eine mögliche Reduzierung hin zu überprüfen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im 1. Quartal 2023 einen Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2023 und im 4. Quartal 2023 die Eckpunkte für einen Entwurf Doppelhaushalt 2024/2025 vorzulegen, sofern die erforderlichen Rahmendaten zur Verfügung stehen, die eine verlässliche Haushaltsplanung ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür, bei 28 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n) (2 SPD, 1 FDP, 1 UWG), 4 Stimmenthaltung(en) (3 SPD, 1 DIE GRÜNEN)

Dr. Schumacher

(Vorsitzender)

(Schriftführer Hr. Johnen)

Gesehen:

(Zilger)

Erklärung der UWG in der Sitzung des Gemeinderates am 10. Januar 2023

Die **Unabhängige Wähler Gemeinschaft Alfter (UWG)** ist die Fraktion im Rat der Gemeinde Alfter, die sich seit Jahren für einen ausgeglichenen Haushalt und gegen teure Großprojekte einsetzt.

Im November wurde bekannt, dass sich die Kosten eines Bauvorhabens, das der Rat als angeblich günstigen Erweiterungsbau beschlossen hatte, um 50 Millionen Euro verdreifachen werden.

Vor einer solchen Schuldenaufnahme hat Alfter noch nie gestanden!

Dazu sollte der Rat bereits in der letzten Sitzung am 8.12.22 nach den Vorstellungen der Verwaltung mal eben ein Haushaltssicherungskonzept für 2023 bis 2033 beschließen und sich damit verpflichten, alle bitteren Konsequenzen, die die Kommunalaufsicht deswegen in den nächsten 10 Jahren vorgibt, zu tragen. Mit einer Zustimmung würde der Rat heute einen Blankoscheck ausstellen.

Die Folgen für Alfter wären katastrophal!

Die Bürger konnten in der Presse bereits einige der weitreichenden Folgen dieses Haushaltssicherungskonzeptes nachlesen und damit zumindest erahnen, wie folgenschwer und teuer eine Zustimmung für jeden Bürger würde.

Wenn eine junge Familie ein Haus für 300000,- Euro bauen will und dies auch irgendwie finanzieren kann, der Hausbau aber plötzlich 800000,- Euro kosten wird, dann muss diese Familie schweren Herzens auf den Hausbau verzichten.

Für den Rat muss das gleiche gelten: Wenn er ein Gebäude für 30 Millionen Euro bauen will, der Bau aber plötzlich 80 Millionen Euro kosten soll, dann müssen wir schweren Herzens darauf verzichten.

Die UWG lehnt das Haushaltssicherungskonzept daher ab.

Diese Erklärung gibt die UWG hiermit zu Protokoll.